

12 6081

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Wiedergutmachungsakte

Heinrich Heide
(Vorfahr und Name)

A.B. 12 6081
Hamburg, den 1. April 1948

ADRESSE

Hinweise auf Akten	
Führergeld	
Rechtsstellung Akten	
Stellen	
Befreiung	

Handwritten: 12 6081

1309 21

Wichtige Hinweise

20.11.67

Formelle Voraussetzungen:

Melderegisterauszug Bl. 5
Staatsarchiv Bl. 4
Strafregisterauszug Bl. 7

Dokumentenzentrale pos./neg. Bl.
ITS-Arolsen Bl.
Erbschein Bl. 16.17

Kapitalentschädigung:

B/A Antrag-Nr.	Entschädigungen für Schäden an	Entscheidung		I. Klagelinstanz			II. Klagelinstanz		
		bewilligt DM abgelehnt	Blatt	Klage-Antrag Blatt	bewilligt DM abgelehnt	Blatt	Decision	bewilligt DM abgelehnt	Blatt
	Freiheit								
	Freiheit								
	Freiheit								
	Freiheit								
	Einkommen								
	Einkommen								
	Vermögen								
	Vermögen								
	Vermögen								
	Vermögen								
39828	Ausbildung	5.000 - 24							
		5.000 - 35							

Renten:

Gesetz und §	Entscheidung	Blatt	Gesetz und §	Entscheidung	Blatt
	bewilligt - abgelehnt			bewilligt - abgelehnt	
	bewilligt - abgelehnt			bewilligt - abgelehnt	

Leistungen nach anderen Wiedergutmachungsgesetzen, Verordnungen usw.:

Antrag nach BWGöD	Bl.	Rückerstattung (Ges. 59 Mil. Reg.) Vorgänge	Bl.
Bescheid nach BWGöD	Bl.	Rückerstattung (Ges. 59 Mil. Reg.) Beschluß	Bl.
Ersatzzeitenanrechnung, Bundesges. v. 22. 8. 49	Bl.	Rückkehrerbeihilfe	Bl.

Vorschüsse:

Darlehen (Echte Kredite):

auf	DM	am	Blatt	erstattet Bl.	nach (Gesetz u. §)	DM	am	Blatt	erstattet

Abtretungen, Pfändungen und Verpfändungen:

an	am	Blatt	nach § 12 BEG/§ 18 AWG	Blatt
			genehmigt / abgelehnt	
			genehmigt / abgelehnt	
			genehmigt / abgelehnt	
Von anderen Stellen erhaltene Geldleistungen		Blatt	Ansprüche gegen Dritte (§ 17 AWG)	

kte durchgesehen:

Anweisungskarte Nr. 1110429 Jan. 1958 Hli.

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nicht Zutreffendes streichen!

14
1
11

1000/1554/D.E. ~~24~~ ^a
Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
(Eingangsstempel)
Freie und Hansestadt Hamburg
Landesamt für Entschädigung
Eing. 14. APR. 1954
Anl. ☒ Zuwendg.
mit Anlagen
Nr. B 9828 Akten-Nr.: 130921
Empfangsbestätigung erteilt am 20. 4. 54 /ms.

Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: STEINHAUER
Vorname: Hilde Hadassa geb. Hoffmann
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): 19.9. 1921 Hamburg
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Ramat Gan, T. Jehuda Haus Beiner
Israel (Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: Led. / verh. / verw. / gesch.
Anzahl der Kinder: zwei Alter der Kinder: 7 und 4 Jahre
Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch jetzige: israelisch
2. Beruf:
Erlernter Beruf: ohne
Jetzige berufliche Tätigkeit: Hausfrau
3. Sind Sie selbst verfolgt worden?
Wenn ja: ja / nein
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? nein
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name:
Vorname:
Geburtsort und -ort (Kreis, Land):
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
(Straße und Haus-Nr.)
gestorben am:
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:
2. Beruf:
Erlernter Beruf:
Letzte berufliche Tätigkeit:
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

1898 *Journal of the American Medical Association* 1:115-119

Die vorstehende Abrechnung des ledigen Lebens
 des Verstorbenen vom 1. 3. 1843:

1) Ist ein (nicht)deutscher Staatsangehöriger oder dauerhafte
Aufenthaltsberechtigte Person, wenn vor dem 1.1.1947
in der Bundesrepublik Deutschland geboren oder aus-
gewandert?

¹ *Journal of the American Medical Association*, 1991; 266: 1033-1037.

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs 6)
Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebenen(e) einschli. durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)
a) Heilverfahren:
b) Rente und Kapitalentschädigung:
3. Schaden an Freiheit (§ 16):
durch Freiheitsentziehung

ja / nein
ja / nein
ja / nein
ja / nein

in vom bis
in vom bis
in vom bis
in vom bis
in vom bis

Insgesamt = volle Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)
a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung.
b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:
c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:
d) durch sonstige schwere Schädigung:

ja / nein
ja / nein
ja / nein
ja / nein

5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 35)
a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschli. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit.
b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle.
c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950
d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:

ja / nein
ja / nein
ja / nein
ja / nein

6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 36 — 63)
durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht? ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:

sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder von welcher Stelle? Aktenzeichen:

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen	Von welcher Stelle?

sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-BRAG oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 129 der französischen Mil-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigefügt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadenfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originals, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

Die Ergänzung des Antrages, die Einreichung und Beibringung von Beweismitteln bleibt vorbehalten, ebenso die Stellung von speziellen Anträgen.

Durch Einreichung dieses Antrages werden alle auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes, der dazu zu diesem Gesetz ergehenden Rechts- und Durchführungsverordnungen, der eventuell ergehenden Abänderungsgesetze usw. für den Antragsteller bereits entstandenen und entstehenden Ansprüche angemeldet, auch soweit sie im einzelnen im Antrag nicht aufgeführt sind.

wurden bereits Mein Bevollmächtigter ist das UNITED RESTITUTION OFFICE (Behörde) oder

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu

-Verfahren eingereicht

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigefügten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes lauterer Mittel bedient oder wesentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

(Ort)

den

(Datum)

Kilale Hadassa Hemhauer
(Unterschrift)

Dem Antrag sind Anlagen beigefügt, und zwar

1.

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

Unbeschränkte
Auskunft aus dem Strafregister
der Staatsanwaltschaft zu

12. März 1955

Hamburg

Familienname: Hoffmann
(Bei Frauen Geburtsname)

Vornamen: Hilde Hadassa
(Rufname unterstreichen)

Geburtsangaben
(Tag, Monat, Jahr)

19.9.21

Gemeinde:

Hamburg

(evtl. Stadtteil):

Straße:

Landgerichtsbezirk:

Hamburg

Land:

PROZESSVOLLMACHT

Ich/~~XXXX~~/die Unterzeichnete Hilde STEINHAUER, Ramat Gen. 7 Jehuda
wohnhaft in Ramat Gen. 7 Jehuda, Haus Beimer / Israel
von Beruf Hausfrau

bevollmächtige .. hierdurch, für mich/~~XXXX~~ und meine/~~XXXXXX~~ Erben - jeder
für sich und gemeinschaftlich - die

United Restitution Office und/oder Dr.W.Blumberg,
Hannover-Kleefeld, Kaulbachstr. 23

1. Prozesse aller Art zu führen und mich/uns darin als Kläger oder Beklagten oder in welcher Eigenschaft es sonst sei, in allen Instanzen zu vertreten;
2. in Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungs-Verfahren mich/uns zu vertreten und darin meine/unsere Rechte wahrzunehmen, auch für mich/uns auf Grundstücke zu bieten und im Falle des Meistgebots den Zuschlag für mich/uns zu beantragen;
3. mich/uns in Konkursen zu vertreten;
4. für mich/uns Anträge auf Wiedergutmachung und Schadenersatzansprüche u.ä.m. rechtsgültig zu unterzeichnen.

Diese Prozessvollmacht soll sich auf alle gemäss Par. 78 ff. Z.P.O. vorzunehmenden Rechts- und Prozesshandlungen erstrecken.

23.II.1954

Ort und Datum

Hilde Hadassa Steinhauer

Unterschrift

BE 8/6.53.600

Aktz.: Wg.

130921-9-Vp. Po.

**Unbeschränkte
Auskunft aus dem Strafregister
der Staatsanwaltschaft zu**

Hamburg

12. März 1955

Familienname:
(Bei Frauen Geburtsname)

Hoffmann

Vornamen:

Hilde Hadassa
(Rufname unterstreichen)

Geburtsangaben
(Tag, Monat, Jahr)

19. 9. 21

Gemeinde:

(evtl. Stadtteil):

Straße:

Verwaltungsbezirk:

Landgerichtsbezirk:

Hamburg

Land: Hamburg

Familienstand: ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden

Vor- und Familien- (Geburts-) Name
des (bzw. früheren) Ehegatten:

Steinhauer

Vor- und Familienname
des Vaters:

Vor- und Geburtsname
der Mutter:

Stand (Beruf):

Fam. Beruf

ggf. des Ehemannes:

Wohnort

ggf. letzter Aufenthaltsort:

Hamburg

Straße und
Hausnummer:

Kammerbrookstr. 28

ggf. Israel

Staatsangehörigkeit:

Heimatgemeinde:

Heimatbezirk:

Israel

Im Strafregister ist folgende Verurteilung(en) vermerkt:
sind keine

Nr.	am	durch Aktenzeichen	wegen	auf Grund von	zu	Bemerkungen
-----	----	-----------------------	-------	---------------	----	-------------

Zur Feststellung der Wiedergutmachungsansprüche wird im Interesse des Obengenannten auch um
Angabe der evtl. bereits getilgten politischen Vorstrafen gebeten.

Im Strafregister sind keine Verurteilungen



Hamburg, den

14. März 1955

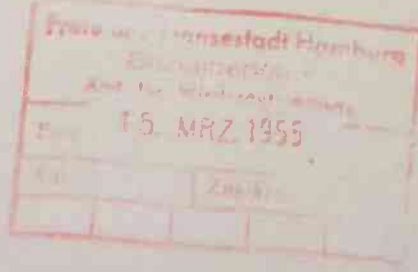
H. H. H.

Strafregisterführer

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
Staatsarchiv
34-1

Hamburg, den 14. März 1955

An das
Amt für Wiedergutmachung
Hamburg I
Altstädter Straße 8, Sprinkenhof

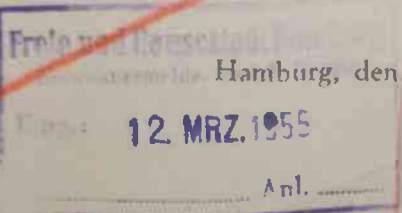


Freie und Hansestadt Hamburg

130921-9-42. Pe.

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde

Geschäftsz.: Amt für Wiedergutmachung



Hamburg, den

10. März 1955

195

An das Einwohnermelde- und Paßwesen, HAMBURG

Es wird um Übersendung eines vollständigen Auszuges aus der Personenregisterkarte der Einwohnermeldekartei des - der Hoffmann, Josef. Heinricher, Biede Kadessa
geboren am 19. 9. 21 in Hamburg
wohnhaft: Hamburg, Hammerbrookstr. 28 jügl: Israel
für die Zeit seit dem 1. 1. 33 gebeten.

Im Auftrage:

Peter Bay

Der Freien und Hansestadt Hamburg,
Karteiblattauszug umseitig.

zurückgesandt:
Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Hamburg, den 195

Freie und Hansestadt Hamburg
Einwohnermelde- und Paßwesen

SB. VIII. 22 J 10. 54.

Wenden!

1940:
1941:

RM
RM

L.A.
Markt

- 99 -

6

Hamburg, den 14. März 1955

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
Staatsarchiv
34-1

Freie und Hansestadt Hamburg	
Senatskanzlei	
Amt für Wiedergutmachung	
Datum	15. MRZ. 1955
An	Zusammen

An das
Amt für Wiedergutmachung
Hamburg 1
Altstädter Straße 8, Sprinkenhof

Auf das Schreiben vom 10.3.55 - Az. 13 09 21 -9- wird mitgeteilt, daß laut Karteikarte Nr. 5274 der Deutsch-Israelischen Gemeinde in Hamburg Dr. Gustav HOFFMANN Abendrothsweg 71 OE. geb. 17.5.83 in Hamburg, zuletzt gewohnt hat April gewohnt hat und von 1920 bis zum 39 Mitglied der genannten Gemeinde gewesen ist. Als Grund des Ausscheidens ist angegeben: n.USA.

Auf der Karteikarte ist als Ehefrau/Sohn/Tochter vermerkt:
Gertrud geb. 28 Weiss 5.7.91 i. Berlin,
Kinder: Kurt geb. 21.9.19
Hilde Hadassa geb. 13.9.21 = nach Palästina 15.5.37.

An Kultussteuern sind entrichtet:

1930:	385.-	RM
1931/32:	185.47	RM
1932/33:	120.-	RM
1933/34:	188.80	RM
1934/35:	164.10	RM
1935:	64.88	RM
1936:	60.95	RM
1937:	86.48	RM
1938:	42.72	RM
1939:	53.40	RM
1940:		RM
1941:		RM

L.A.
Macht

den 23. Mai 1957

Geburtsurkunde

1000/1554.

ארגון עולי מרכז אירופה
IRGUN OLEJ MERKAZ EUROPA

TEL-AVIV, 15, RAMBAM STREET • P. O. B. 1480, TELEPHONE 4321-4322

תל אביב, רחוב רמב"ם 15 • ת.ד. 1480 • טלפון 4321-4322

ABTEILUNG FUER SOZIALARBEIT

חלקה לעבודה סוציאלית

Nur zur Vorlage vor den deutschen
Wiedergutmachungsbehoerden
verwendbar.

BESCHEINIGUNG:

Vor uns erschien Frau Hilde-Hadassa STEINHAUER geb. Hoffmann, geb. 13.9.1921 in Deutschland, wohnhaft Ramat-Gan, Kirjath Borocho, Schik. Watikej Histadrut R.L.8., Israel, legitimiert durch die Identitaetskarte Nr. 121223.

Wir bescheinigen hiermit, dass Frau St. hier vermögenslos ist.

Frau St. ist mit Josef St. verheiratet. Die Eheleute haben 2 Kinder im Alter von 9 und 5 Jahren. Frau St. ist im 5. Monat schwanger. Frau St. hat uns durch Vorlage einer Lohnbescheinigung nachgewiesen, dass ihr Ehemann als Chauffeur JL 150.-- nto. monatlich verdient. Dieser Verdienst ist fuer den Unterhalt der bald 5-köpfigen Familie nicht ausreichend.

Lt. aerztl. Attest des Herrn Dr. S. Weiss v. 22.8.55 leidet Herr St. an den Folgen einer Kopfverletzung, die er sich waehrend des 2. Weltkrieges zugezogen hat. Er ist daher in seiner physischen Arbeitsfaehigkeit erheblich beeintraehtigt. Zur Beseitigung der akuten Notlage ist daher die sofortige Ueberweisung der Entschaedigungssumme, dringend erforderlich.

TEL-AVIV, Jan. 28.8.55 Hi..



Geburtsurkunde

(Standesamt 3, jetzt Hamburg-Rotherbaum Nr. 887/1931

Hilde Hadassa Hoffmann - - - - -

ist am 13. September 1921 - - - - -

in Hamburg - - - - - geboren.

Vater: Arzt Gustav Hoffmann, Doktor der - - -
Medizin, - - - - -

Mutter: Gertrud geborene Weiß, beide wohnhaft - -
in Hamburg. - - - - -

Anderungen der Eintragung: - - - - -

Hamburg, den 18. August 1933



(Siegel)

Der Standesbeamte
In Vertretung:

Loppenthien

(Loppenthien)

Te

Kostenfrei
zum amtlichen Gebrauch

Kaulbachstr. 23 · Telefon 50256

Telegramm-Adresse: UROCLAIMS

12/St/rot

Hannover, den 23. Mai 1957
- Br/Wü -

An die
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Freie und Hansestadt Hannover	Ant. II
Eing. 25. MAI 1957	Ant. I

FA 170583 = Hoffmann, Gustav
(6)

10
19

12/St/rot

Hannover, den 21. Dezember 1956
Br./Tae.

An die
Sozialbehörde
Amt fuer Wiedergutmachung

Einschreiben

Freie und Hansestadt Hannover	Ant. II
Eing. 27. DEZ. 1956	Ant. I

H a m b u r g

Zu: E 3633

Betr.: Entschädigungssache Hilde Hadassa Steinhauer, Ramat Gan/Israel.

Wir bitten um Mitteilung, ob nunmehr ueber den Ausbildungsschaden der Antragstellerin entschieden werden kann. Die eidesstattliche Versicherung der Antragstellerin vom 2.3.1955 ist in dem Verfahren B 9828 ueberreicht worden. Der Bruder der Antragstellerin, Kurt, Leopold Hoffmann, hat bereits im November 1955 Entschädigung fuer den Ausbildungsschaden erhalten.

(Dr. W. Blumberg)

170583

United Restitution Organization
Zweigbüro: Hannover-Kiesfeld
Kaulbachstr. 23 · Telefon 50256
Telegramm-Adresse: UROCLAIMS

In FA Gustav Hoffmann 170583/16 1/12

United Restitution Organization

Zweigbüro: Hannover-Kleefeld

Kaulbachstr. 23 · Telefon 50256

Telegramm-Adresse: UKOCLAIMS

12/St/rot

Hannover, den 23. Mai 1957
- Br/WII -

An die
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g



Betr.: Entschädigungssache Hilde Hedassa Steinhauer
geb. Hoffmann, Ramat Gan/Israel.

In der vorbezeichneten Sache überreichen wir anliegend

Zeugnis der Mädchenschule der Deutsch-Israeliti-
schen Gemeinde Hamburg vom April 1935 in begl.
Abschrift.

Die Antragstellerin bemerkt hierzu, dass dieses das ein-
zige Zeugnis ist, welches sie zufällig noch besitzt.
Das Abgangszeugnis der Schule hat sie nicht mehr.

Wir bitten um Entscheidung.

Anlage

U R O
A. Ernst

i. A.

12/St/rot

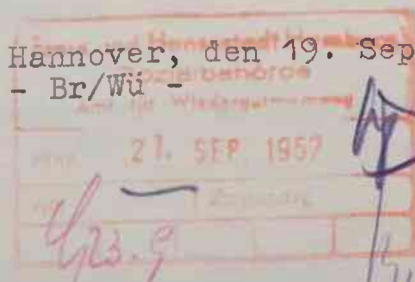
Einschreiben

Hannover, den 19. Sept. 1957
- Br/Wü -

An die
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g

Zu: Wg. 1309 21, B 9828



Betr.: Entschädigungssache Hilde Hadassa Steinhauer
geb. Hoffmann, Ramat Gan/Israel.

Wir haben in dieser Ausbildungssache alle Beweisunterlagen überreicht. Die Antragstellerin befindet sich in einer ganz besonderen Notlage. Sie hat 3 kleine Kinder. Der Ehemann ist durch eine während des Krieges erlittenen Kopfverletzung in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Eine Notlagebescheinigung ist von uns am 20. 10. 1955 zu dem Verfahren der Antragstellerin nach dem Vater - B 9828 - überreicht worden. Wir bitten dringend darum, über den Ausbildungsschaden zu entscheiden. Die baldige Entscheidung war uns bereits im März 1957 zugesagt worden, sobald das inzwischen von uns am 23. Mai 1957 überreichte Schulzeugnis eingereicht werden würde.

U R O
A. Ernst

i.A.

United Refugee Organization
Zweigbüro: Hannover-Kleefeld
Kaulsdamm 23 - Telefon 50256
Telegramm-Adresse: UROCLAIMS

FA 170583 15 21
Hoffmann Gieseler

13/St/ret
20/H/ret

Hannover, den 20. Sept. 1957
- 3/Wü und Hansestadt Hamburg

An die
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Sozialbehörde	
Amt für Wiedergutmachung	
25. SEP. 1957	
— 7. Stange	

H a m b u r g

Zu: B 9828, E 3708

Betr.: Entschädigungssache Hilde Hadassa Steinhauer
geb. Hoffmann,
Kurt Leopold Hoffmann, Kibbuz-Gescher.

In den vorbezeichneten Sachen liegen bereits seit
November 1955 die Erbscheine der Behörde vor.

Die Antragstellerin Hilde Steinhauer befindet sich in
besonderer Notlage. Sie hat 3 kleine Kinder. Der Ehe-
mann ist durch eine während des Krieges erlittene
Kopfverletzung in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt.

Auch der weitere Miterbe Kurt Leopold Hoffmann ist
bedürftig. Die Bedürftigkeitsbescheinigung ist am 5. 9.
1955 zu dem Verfahren des Miterben Kurt Hoffmann aus
eigenem Recht - B 10043 - vorgelegt worden.

Wir bitten daher darum, die Anträge der Erbgemein-
schaft zu bearbeiten und einen angemessenen Vorschuss
zu gewähren. Sofern noch Unterlagen erforderlich sind,
bitten wir, uns entsprechende Auflagen zu machen.

U R O
A. Ernst

i.A.

Antragsteller:

Hilde Steinhauer, geb. Hoffmann

Bevollmächtigter:

United Restitution

Vollmacht Bl.

2

17 26

16 26

Hamburg, den 15. November 1957
Wei./Pü.

58

13 09 21 -7-

An die
United Restitution Organization
-Zweigbüro-
Hannover-Kleefeld
Kaulbachstr. 23

Betr.: Entschädigungssache der Frau Hilde H a d a s s a
Steinhauer geb. Hoffmann, wohnhaft: Ramat Gan/Israel.
Vorg.: Zum dorigen Aktenzeichen: 12/St/rot

Das Amt bittet noch um kurze Bestätigung darüber, dass die "fehlende Aus-
bildung" nicht nachgeholt wird.
Nach Eingang Ihrer Antwort wird sofort über den Ausbildungsschaden entschieden.

Ausfertigung am 15.11.57
Adressiert am 15.11.57
mit 1/1

I.A.

(Weinschenk)
Sachbearbeiterin

Vfg.

- 1) Statistik (Zählblatt)
 - 2) Hauptnachbearbeiter RY
- zur weiteren Veranlassung

Weinschenk
Sachbearbeiter

Antropometrie
Anschlusshilfen

Hilde Steinhauser geb. Hoffmann
Hilfslosigkeitsantrag

Verbleib: 10.

2

17 26

United Restitution Organization

12/Bt/rot

Hannover, den 25. Nov. 1957
- 3/WÜ -

Einschreiben

An die
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g

Zu: Wg. 1309 21, B 9828

Betr.: Entschädigungssache Hilde Nadassa Steinhauer geb.
Hoffmann, Ramat Gan/Israel.

Unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 15. 11. 1957
teilen wir namens der Antragstellerin mit, dass die fehlen-
de Ausbildung nicht nachgeholt wird. Wir sehen dem Bescheid
nunmehr entgegen.

S. 7

U R O
A. Ernst

Verm. Hlde befindet sich seit dem 24/10 56
im S 7 bei L. Güll. Hoffmann
17.5.53

1. A.

28. NOV. 1957

Vfg.

1) Statistik (Zählkarte)

2) Hauptbuchhalter

zur weiteren Verantwortung

R 7

Hilfslosigkeitsantrag

Wg. 13 09 21 -7-

i.FB. 17 05 83 -7-

Hilde Steinhauer geb. Hoffmann

Hamburg, den 14.12.57
Wei./Pü.

vertreten durch: United Restitution
Office, Hannover,

Vollmacht: Bl. 2)

V e r m e r k :

1.) Formelle Voraussetzungen:

- a) Die Wohnsitz- und Stichtagsvoraussetzungen sind gemäss § 185 (2) 3 BEG in Verbindung mit § 4 (1) 1c für das Land Hamburg gegeben, da die in Hamburg geborene Antragstellerin bis zu ihrer Auswanderung am 15.5.1937 ihren Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes hatte (Bl. 6, 18).
- b) Mit B-Antrag Nr. 9828, eingegangen beim Amt am 14.4.54, macht die Antragstellerin Entschädigungsansprüche wegen der Hinderung ihrer vorberuflichen und beruflichen Ausbildung gemäss § 119 BEG geltend.
- c) Die Antragstellerin hat ihre Bedürftigkeit durch eine Bescheinigung der Irgun Olej Merkaz Europa vom 28.8.1955 nachgewiesen (Bl. 13). Die Voraussetzungen des § 179 BEG ist damit gegeben.
- d) Ausschliessungsgründe liegen nicht vor. (Strafregisterauszug Bl. 4 und Staatsarchiv Bl. 6).

2.) Schadenssachverhalt:

Die Antragstellerin ist die Tochter jüdischer Eltern (Bl. 6). Der Vater war Arzt und hatte seine Praxis in Hamburg in der Hammerbrookstrasse. Die Familie hatte Verwandte in Palästina.

Die am 13. September 1921 in Hamburg geborene Antragstellerin hatte zunächst die Loewenberg-Schule und nach deren Schliessung ab Oktober 1934 die Real-Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in der Karolinenstrasse besucht (Bl. 8, 22). *siehe jetzt Bl. 11 in Wg. 17 05 83 (Gustav Hoffmann)*

Nach ihren eigenen eidesstattlichen Angaben hat die Antragstellerin diese Schule aus der Untertertia Ende Dezember 1936 verlassen müssen, da sie auf ihrem langen Schulweg ständig Anfeindungen der Hitlerjugend ausgesetzt war. Die Antragstellerin hat ausser dem Schulzeugnis aus der Zeit von Oktober 1934 bis April 1935 (Bl. 22) keine weiteren Unterlagen mehr in ihrem Besitz (Bl. 21).

Aus dem Zeugnisergebnis kann durchaus gefolgert werden, dass die Antragstellerin das Abitur erreicht hätte, um später auf Grund der wirtschaftlichen Stellung ihres Vaters das erstrebte Berufsziel als Ärztin zu erreichen. Sie wanderte unter dem Druck der Verhältnisse, genau wie ihr Bruder Kurt Hoffmann (Az.: 21 09 19 i.FB. 17 05 83) am 15.5.1937 zu Verwandten nach Palästina aus (Bl. 6, 8).

In Palästina fehlten ihr die Mittel, um ihre Ausbildung fortzusetzen; ebensowenig war es ihr möglich, die erstrebte Ausbildung nachzuholen (Bl. 8 Rs.).

Die Antragstellerin ist inzwischen verheiratet, hat 3 Kinder. Der Ehemann hat als Chauffeur nur ein geringes Einkommen (Bl. 13). Da die Antragstellerin auf Grund ihrer Rasse in ihrer vorberuflichen wie beruflichen Ausbildung geschädigt ist - und diese auch nicht nachholen kann - wird vorgeschlagen, ihr gemäss § 118 BEG als Ersatz für

die fehlende Ausbildung eine Entschädigung in Höhe von

5.000.-- DM
=====

zu gewähren.

Die fehlende Ausbildung soll nicht nachgeholt werden.
(B.L. 26).

Festgestellt:

Weinschenk
(Name u. Dienstbez.)

Nachgerechnet:

(Name u. Dienstbez.)

27

1) PR 4

no. 1. B. um Zustimmung zur Zahlung
eines Betrages v. 5.000,- als Ersatz
für die fehlende Ausbildung im Abzug
eines Bezugses aus obigen Ex-
musk.

Dem Besch. steht - ~~PR 4~~ - Zustimmung

2) PR 7

Müller 18.12.57

Kurzman

Vorunt

Sollt man man duldschalt 17.12.57
Cand. of the A.P. Studien. Sollte ist die
Anspruch gestellt, da ^{bei} dem Besuch einer
höheren Schule man davon ausgehen
werden kann das ein bestimmtes Einkommen
erstattet sei. (mit H. Rufe als Stabs) Jedes hat die
A.P. infolge ihrer Auswanderung voll
machen können. Müller 18.12.57

25. Jan. 1958

V e r g l e i c h

Statistik: 24
SS 118 BEG
DM 574,-

Zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
Hamburg 36, Drehbahn 54

1. Ausfertigung
f.d. Akte

einerseits

und

Herrn/Frau/Fräulein Hilde S t e i n h a u e r geb. Hoffmann
geboren am 13.9.1921 in Hamburg
wohnhaft in Ramat Gan, T. Jehuda Haus Beiner - Israel
vertreten durch United Restitution Organization, z.Hd. von
Herrn Dr. W. Blumberg, Hannover-Kleefeld, Kaulbach-
str. 23

andererseits

wird folgender Vergleich geschlossen:

Zur Abgeltung aller Ansprüche auf Entschädigung wegen Schadens in der Ausbildung

zahlt die Sozialbehörde

~~Herrn/Frau/Fräulein~~ Hilde Steinhauer

1. den Betrag von 5.000,-- DM

2. DM

3. DM

zusammen 5.000,-- DM

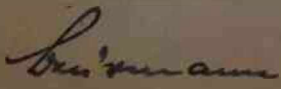
- unter Anrechnung bereits geleisteter Zahlungen von --,-- DM -.

Zur Zahlung verbleiben somit 5.000,-- DM

(in Worten: Fünftausend 0/00 - - - - - Deutsche Mark).

Die Zahlung erfolgt in - voller - Höhe von 5.000,-- DM alsbald nach
Vergleichsabschluß in bar. auf das Konto der URO, bei der

~~Herrn/Frau/Kreditbank, Deutsche Bank AG, Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg 1~~


(Unterschrift des Referenten)


(Unterschrift des Antragstellers)

United Restitution Organization

F 452

Vollmacht

Ich, der/die Unterzeichnete erteile hierdurch

United Restitution Organization

Vollmacht zur Vertretung meiner eigenen und ererbten Wiedergutmachungsansprueche (Entschae-
digungs- und Rueckerstattungsansprueche) vor den EntschaeDIGungsbehoerden, Wiedergutma-
chungsbehoerden und Gerichten.

Die Vertretungsmacht des Bevollmaechtigten erstreckt sich auf alle Rechtsgeschaeft und Rechts-
handlungen, die von mir und mir gegenueber vorgenommen werden koennen, soweit die Gesetze
eine Vertretung zulassen.

Der Bevollmaechtigte ist auch berechtigt, Antraege auf Gewaehrung von Darlehen, Vorschuessen
oder Vorleistungen zu stellen.

Inbesondere hat der Bevollmaechtigte die Berechtigung, Vergleiche abzuschliessen, Rechtsmittel
einzulegen und Antraege zurueckzunehmen. Der Bevollmaechtigte ist von der Bestimmung des
§ 121 befreit und berechtigt, die mir zuerkannten Betraege in Empfang zu nehmen und sich wegen
der vereinbarten Betraege, Kosten und Auslagen aus den mir zugesprochenen Betraegen zu be-
friedigen.

Der Bevollmaechtigte ist verpflichtet, die mir zuerkannten Betraege nach Abzug der Gebuehren
nach Israel zu ueberfuehren.

Der Bevollmaechtigte ist berechtigt, fuer die gesamten obengenannten Geschaeft oder fuer einen
Kreis von Geschaeften Unterbevollmaechtigte zu bestellen und deren Bestellung zu widerrufen.

Gleichzeitig widerrufe ich etwaige anderen Vertretern erteilte Vollmachten.

Tel-Aviv, den 11.2.1964

Ort und Datum

Hilde Hadassah Steinhaus

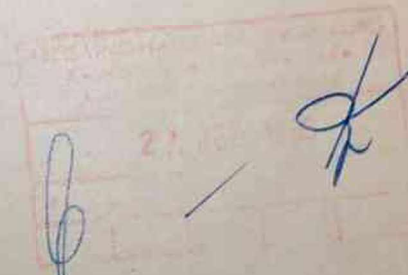
Unterschrift

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

12/St/rot

Hannover, den 2. Dezember 1965
Tr.

An die

Entschädigungsbehörde
Amt für Wiedergutmachung2 H a m b u r g

Betr.: Anmeldung von Entschädigungsansprüchen

Antragsteller: Hadassa (Hilde) STEINHAUER geb. HoffmannVerfolgter: " " " " "Reg.-Nr.: Wg 13 09 21

Für den Antragsteller oder seine Erben melden wir die nach dem BEG in der Fassung vom 14. 9. 1965 zustehenden Ansprüche an, insbesondere

1. Schaden an Leben,
2. Schaden an Körper oder Gesundheit,
3. Schaden an Freiheit,
4. Schaden an Eigentum und Vermögen sowie durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten,
5. Schaden im beruflichen Fortkommen und in der Ausbildung,
6. Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen,
7. Härteausgleich nach § 165 BEG.

Soweit Ansprüche bereits rechtswirksam geltend gemacht wurden, wird die Anmeldung hiermit wiederholt.

Im übrigen erfolgt die Anmeldung gemäß § 189a und § 189b BEG.

Wegen des die Ansprüche begründenden Sachverhalts, wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Beweismittel wird auf den Inhalt der Akten verwiesen. Die Ansprüche werden in gesetzlich zulässiger Höhe gestellt und durch weitere Beweismittel, insbesondere eidesstattliche Versicherungen, belegt werden.

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION



Hilde Hadassa Steinhauer
Midunei Kahir strasse 8
Kiryat Borochoy near Ramat Gan
Israel

512
32
KIRYAT
Kiryat Borochoy, den 15. Mai 1966

Freie und Hansestadt Hamburg	
18. MAI 1966	
AN	Zuschrift

An die
Arbeits- und Sozialbehörde
Freie und Hansestadt Hamburg

Lu 23/56

Betrifft: W G 1309 21/17 Schul und Ausbildungsschaden.
Hilde Hadassa Steinhauer geborene Hoffmann

Sehr geehrte Herren!

Ich erlaube mir hiermit, Ihnen hoefflichst mitzuteilen, dass ich nach mehrmaligen Anfragen bei der United Restitution Organisation U R O Tel Aviv wegen der Auszahlung der zweiten 5000.-DM des Schul und Ausbildungsschadens, weder eine befriedigende noch aufklaerende Auskunft erhalten konnte.

Da mein Bruder, Herr Kurt Leopold Hoffmann, Geshet Hasiv Israel bereits den genannten Betrag vor einiger Zeit ausbezahlt erhielt, so bin ich wohl mit Recht verwundert, aus welchem Grunde Besagtes bei mir vernuegert wurde und ich von der U R O keine Information erhalten kann.

Ich waere Ihnen daher sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir in dieser Beziehung Bescheid zukommen lassen wuerden.

Mit versueglicher Hochachtung

Hilde Hadassa Steinhauer
(geb Hoffmann)

Steinhauer, Hilde

Datum: - 8. 6. 66

Leitverfügung

1) Bescheid über - 5.000,- DM anbei

2) WG 74Dem Bescheid über - 5.000,- DM wird ~~nicht~~ nach Änderung zugestimmt.3) SL 72 10. 6. 66
R + Hs zur Kenntnisnahme und Vollziehung der Unterschrift.WG 74
(volle Unterschrift)

Erledigungsvermerke

4) Zentrale Kartei

1 Ausfertigung an A.St. über Bevollmächtigten

1 Durchschrift an Bevollmächtigten

1 Durchschrift zur R-Akte

5) Rechnungsstelle

14. 6. 66

mit einer Durchschrift des Bescheides.

a) Zu zahlen:

20. 6. 66 5.000,- DM an VRO. Hannover (21.28)Konto: amtsbekannt

b) DM gem. § 228 (2) BEG zu buchen.

c) DM-Vorleistungen umbuchen.

6) Geschäftsstelle - Statistik - not 22. 6. 66eintragen
(Schadensart)austragen
(Schadensart)

7 (21.28 Rs)

7 +

7) SL 72 gem. AO 181/60 not 10. 6. 668) S 72

zur Kenntnis und weiteren Veranlassung (Akten ordnen).

(Bei Rentenzahlung: / Durchschriften mit Auszahlungsverfügung am / an 19)Ausgefertigt am
Abgesandt am 13. JUNI 1966
mit AnlagenSL 72
(volle Unterschrift)

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

ARBEITS- UND SOZIALBEHÖRDE

AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

G-Z. WG - 1309 21/12

(Bei Beantwortung bitte angeben)

Hamburg, 10. 6. 66

Wei/Sei

Fernsprecher 34 10 16 }
Behördennetz 23 } App. 1235Postanschrift: 2 Hamburg 36, Drehbahn 54
Sprechzeit: montags 8-15 Uhr

In der Entschädigungssache

Frau Hilde Hadassa Steinhauer,
geboren am 13.9.1921 in Hamburg,
wohnh.: Nidunei Kahir strasse 8
Kiryat Borochoh near Ramat Gan/Israel

vertr. durch :

United Restitution Organization (URO),
Hannover, Klagesmarkt 10/11

ergeht durch die Arbeits- und Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung -
der Freien und Hansestadt Hamburg auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes
(BEG) - BGBI. 1965 I S. 1315 i.V.m.d. Durchführungsverordnungen zum BEG
folgender

B e s c h e i d :

Der Antragsteller erhält gemäß § 116 BEG i.d.F. vom 14.9.1965
für Schaden in der Ausbildung eine Kapitalentschädigung
in Höhe von DM 10.000.--

unter Anrechnung der aus dem gleichen Rechtsgrund mit
~~Beschleid~~ / Vergleich vom 21.5.58 zuerkannten DM 5.000.--

Der Betrag von DM 5.000.--
(in Worten: Fünftausend Deutsche Mark)

ist zur Auszahlung fällig.

G r ü n d e :

Aufgrund des 2. Gesetzes zur Änderung des BEG vom 14.9.1965 ist die
Entschädigung für Schaden in der Ausbildung (§116) von DM 5.000.--
auf DM 10.000.-- erhöht worden.

Im Auftrage

(O c K n)

Regierungsamtmann

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit durch diesen Bescheid der Anspruch abgelehnt worden ist oder der Berechtigte anderweitig beschwert ist, kann dieser innerhalb einer Frist von drei Monaten gegen die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung -, vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg, Hamburg 11, Zippelhaus 5, Hths., schriftlich (möglichst zweifach) Klage erheben.

Wohnt der Antragsteller im außereuropäischen Ausland, so tritt an Stelle der Frist von 3 Monaten eine Frist von 6 Monaten. Die Fristen nach Absatz 1 und 2 sind Notfristen; sie beginnen mit der Zustellung dieses Bescheides.

Die Klageschrift muß enthalten: 1) Die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts.

2) die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag (§ 253 ZPO)

28/11/03

An die

Stadt und Hansestadt Hamburg
Arbeits- und Sozialbehörde
amt für Wohnungsmietung

Wohnung

Wohnung

Meinen untenstehend bezeichneten Antrag bitte ich

- als Ausnahme der unten genannten Ansprüche - *)

als Wohnungsmietung zu betrachten.

SRK 85 am
21.8. gesandt

Der Antrag wegen

4
Kriegswohnung

12.11.1904
1111

Siehe auch zu den Merkmalen.

Durch diese Erklärung werden in anderen
Sachverhalten oder anderen Fällen, die
gestellt und begründet Ansprüche nicht
berührt.

1111

(Unterschrift)

Städt. Amt für Wohnungsmietung (1974/75)

Hamburg

Kloppmannstr. 10/11 - Telefon 111111

Telegraphen-Adresse: 111111

*) Wohnung

*) Wohnung angegeben

1.89

2 Hamburg, den - 4. FEB. 1969
Ho/Bo

WG 4-13 C9 21/18

der Frau Hadassah (Milde) S t e i n h a u e r,
geb. Koffmann
geb. 13.9.1921 in Hamburg
wohnhaft: Benat-Gur/Kiriath Borechov, Israel,
Sidunei Kahir 8
-Antragstellerin-

vertr. durch: United Reconstitution Organization (URO)
3 Hannover 1, Klagesmarkt 11

1. Die Antragstellerin hat von 1940 - 1945 wegen
"Malaria"

Anspruch auf Heilverfahren nach den Vorschriften über die
Unfallfürsorge der Bundesbeamten.

2. Weitergehende Entschädigungsansprüche wegen Schadens an
Körper oder Gesundheit werden abgelehnt.

G r u n d s a t z e

Die 1921 geborene Antragstellerin ist Jüdin im Sinne der auf-
gehobenen Nürnberger Rassegesetze. Ihr Vater war in Hamburg als
Arzt tätig. 1937 wanderte die Antragstellerin mit ihren Eltern
nach Palästina/Israel aus, wo sie auch jetzt noch lebt. Bis 1941
hat sie verschiedenen Kibbuzim angehört. Sie hat dort von 1937-1939
halbtags und anschliessend ganze Tage landwirtschaftliche Arbeiten
verrichtet.

Die Antragstellerin begehrt eine Entschädigung wegen Schaden an
Körper oder Gesundheit.

Als Verfolgungsleiden werden geltend gemacht:

Anoebiasis,
Glauk.,
Spondylarthrosis,
Arthrosis.

Der Antrag kann nur in dem im Tenor bezeichneten Umfang stattgegeben
werden.

Die Antragstellerin hat keinen Anspruch auf Kapitalentschädigung
oder Rente wegen Schaden an Körper oder Gesundheit, weil ihre Leiden
nicht mit Wahrscheinlichkeit auf die Verfolgung zurückzuführen sind
(§ 26 ff BGG), oder weil die verfolgungsbedingte Erwerbsminderung
nicht die erforderliche Höhe von 25 v.H. erreicht (§ 31, Abs.2, § 36 BGG)

Um diese Feststellung treffen zu können, hat das Amt folgende
Gutachten beigenommen:

Internistisches Gutachten
-einshelt über Medical Board, Tel-Aviv-
Dr. Ernst Israel, Tel-Aviv

v. 26.12.1966

Neurochirurgisches Gutachten
Dr. Julius Rotulsky, Tel-Aviv

v. 8. 2. 1967

Fachorthopädisches Aktengutachten
Dr. med. Klaus Kuensch, Hamburg

v. 31.5.1967

Fachinternistisches Aktengutachten
Prof. Dr. Dönhardt, Hamburg

v. 12.9.1968.

Hiernach steht folgendes fest:

1. Orthopädischerseits handelt es sich um

- a) ein sogenanntes Halswirbelsäulensyndrom;
klinisch mit konzentrischer Bewegungseinschränkung der Halswirbelsäule und Epicondylitis lateralis beiderseits; röntgenologisch mit Verschmälerung des Zwischenwirbelsraums zwischen 5. und 6. Halswirbelkörper;
- b) statische Kreuzschmerzen bei nahezu vollständiger Lumbalisation des 1. Kreuzbeinwirbels (sechs statt fünf Lendenwirbel mit Verbreiterung des 6. Lendenwirbels, der gelenkig mit der Seitenmasse des Kreuzbeins und der Darmbeinschaukel verbunden ist);
- c) Krampfadern.

zu a) Nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft ist Schwerstarbeit nicht in der Lage, die verschleissartigen Verschleissvorgänge an der Halswirbelsäule zu beeinflussen. Wenn, wie bei der 45jährigen Antragstellerin fortgeschrittene Verschleisszeichen zu finden sind, dann spricht dies dafür, dass ihre Wirbelsäule zu Aufbraucherscheinungen neigt. Sie sind bei sogenannten "Bindegewebschwächlingen" stärker ausgeprägt. Auch das bei der Antragstellerin bestehende Krampfaderleiden ist ein Hinweis darauf, dass sie ein solcher Bindegewebschwächling ist.

zu b) Für die im Bereich der Brust-und Lendenwirbelsäule festgestellten Aufbraucherscheinungen können die angeschuldigten äusseren Einflüsse ebenfalls nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist zwar davon auszugehen, dass über Jahre hinaus verrichtete Schwerstarbeit geeignet sein kann, die Verschleissvorgänge an der Brust-und Lendenwirbelsäule zu beschleunigen und zu verstärken. Sind jedoch wie hier, bei der Antragstellerin die in diesem Wirbelsäulenbereich festgestellten degenerativen Veränderungen geringer ausgeprägt als im Bereich der Halswirbelsäule, die ja keinem verstärkten Verschleiss infolge körperlicher Belastung unterliegt, so muss festgestellt werden, dass die körperliche Mehrbelastung durch die landwirtschaftliche Tätigkeit auf den Degenerationsprozess auch im Bereich der Brust-und Lendenwirbelsäule sich nicht ausgewirkt hat.

Die geklagten Kreuzschmerzen sind vielmehr mit den angeborenen Fehlbildungen der Lendenwirbelsäule zu erklären.

Inhaltspunkte für eine Seitenverbiegung (Skoliose) der Brustwirbelsäule liegen dagegen nicht vor, da es insbesondere an der typischen Verdrehung der Wirbelkörper in sich (Torsion) durch Schiefwuchs fehlt.

zu c) Das Krampfaderleiden ist auch anlagebedingt. Ein Verfolgungszusammenhang ist insoweit nicht wahrscheinlich zu machen.

2. Internistischerseits lässt sich sagen, dass die Antragstellerin eine verfolgungsbedingte Malaria, und zwar von 1940-1945 durchgemacht hat. Spätschäden sind nicht erkennbar. Die verfolgungsbedingte Erwerbsminderung für dieses Leiden beträgt 10 v.H.

Im übrigen konnten jedoch auf diesem Fachgebiet keine Leiden diagnostiziert werden, die mit Wahrscheinlichkeit auf Verfolgungsmassnahmen zurückzuführen sind.

Soweit nicht Zeichen einer vegetativen Übererregbarkeit beschrieben worden sind, so ist aus den Krankenkassenunterlagen zu entnehmen, dass die Antragstellerin wegen vegetativer Störungen niemals behandelt worden ist.

Ein ursächlicher Zusammenhang mit Verfolgungsmassnahmen ist daher schon im Hinblick auf die völlig fehlende Brückensymptomatik nicht wahrscheinlich. Das gleiche gilt für die jetzt erst in Erscheinung getretene Hyperthyreose.

Eine Hyperazidität sowie ein Ulcus duodeni sind erstmals im April 1962 festgestellt worden. Im Juli 1944 wird der Magenstau als o.B. beschrieben. Im übrigen ist lediglich einmal die Rede von "Magenkrämpfen" zu Beginn des Aufenthaltes in Israel.

Auch hier ist die Kontinuität des Leidensverlaufes nicht gegeben, so dass die Verfolgungsbedingtheit auch insoweit verneint werden kann.

Da der EKG-Befund 1959 noch normal war, können spätere von der Form abweichende Befunde der Verfolgung nicht angelastet werden.

Die Antragstellerin hat somit Anspruch auf Heilverfahren nach den Vorschriften über die Unfallfürsorge der Bundesbeamten (§ 30 BzG) wegen "Malaria", und zwar von 1940-1945, auf der Basis des "gehobenen/höheren Dienstes".

Dr. Hans Hübner

(Meddarmeyer)
wissenschaftl. Angestellte

12 6081

E
8

44590

L

Wiedergutmachungsakte - Renten -

für *Steinhäuer, Hilde*
(Familien- und Rufname)

Anschrift Blatt _____

Vollmacht Blatt _____

Hinweise auf Akten auch von Familienangehörigen

WG. Akte

BR-Akte

2. R-Akte

Akten von Familienangehörigen

Sachgebiet:

14

Be

1300 21

U. R. Dr. C/104

Heute, den 29.8.62

Hilde Hadassa Steinhauer geb. Hoffmann-1000/1554 a+b
A. Z. 12/St/rot - EB Hamburg: B 9828

erschien vor mir, dem früheren Rechtsanwalt, Gerichtsassessor Dr. Raffael Cahanowitz
Sachbearbeiter der United Restitution Organisation Ltd. Tel-Aviv

Herr/Frau Hilde Hadassa STEINHAUER geb. Hoffmann

von Beruf

wohnhaft in Kiriath Borochoh, Schikun Vati-
keij Histadruth, Nidunei Kahir 8

Die Persönlichkeit des / der Erschienenen — war bekannt — wurde zur Gewissheit des Sachbearbeiters
durch Vorlage der Identitätskarte Nr. 121223, die mit Lichtbild und eigenhändiger Unterschrift versehen
war, ausgewiesen.

Die erschienene Person erklärte: Ich will eine eidesstattliche Versicherung abgeben, die den Zweck hat,
auf Grund der Entschädigungsgesetze eine Entschädigungsleistung zu erlangen und zwar in eigener Sache /
und zwar zu Gunsten von

Ich bin auf die Bestimmungen des § 7 des Bundesentschädigungsgesetzes und auf die Strafbarkeit einer
falschen eidesstattlichen Versicherung hingewiesen worden.

Dies vorausgeschickt, erkläre ich an Eides statt:

ZUR PERSON:

Ich bin geboren am 13.9.21 in Hamburg
Name d. Vaters Gustav Name d. Mutter Gertrude, Trude
Mädchenname Weiss

Ich habe meine Ansprüche unter A. Z.
bei der Entschädigungsbehörde in
durch

Reg. Nr.

angemeldet.

Ich bin mit der Person, zu deren Gunsten ich die eidesstattliche Versicherung abgebe,
verwandt / verschwägert

wie folgt:

ZUR SACHE:

Hinsichtlich meines Schadens an Körper oder Gesundheit erkläre
ich folgendes:

Ich bin bis zu meiner Auswanderung in Deutschland niemals ernst-
lich krank gewesen. Ob ich die sogenannten Kinderkrankheiten wie
Masern gehabt habe, ist mir heute nicht rememberlich.

Während meiner Schulzeit habe ich mich bei sämtlichen Sportarten
ausgezeichnet. Ich war Mitglied der "Deutschen Turnerschaft" und
zwar in Hamburg, Grosse Allee. Später, als ich als Jüdin diesem Ver-
band nicht mehr angehören durfte, bin ich in die jüdische Turner-
schaft "Bar-Kochba" eingetreten. Ich habe während der ganzen Zeit
sehr viel Sport getrieben und nie irgendwelche Beschwerden gefühlt.

Vor meiner Auswanderung im Jahre 1937 wurde ich von der Jugend-
Alijah genau untersucht; es wurden nur die Leute zur Einwanderung
zugelassen, die völlig gesund waren. Ich bin als gesund befunden wor-
den und mit einem Zertifikat der Jugendalijah in Palästina eingewan-
dert.

Hier im Lande kam ich mit einer Gruppe nach Kiriath Bialik und
zwar in das Heim "Ahava." Dort blieb ich ca. 2 Jahre. Wir erhielten
da 1/2 Tag Schulunterricht, 1/2 Tag mussten wir arbeiten. Diese Ar-
beit umfasste in der Hauptsache Landwirtschaft, für die ich mich be-
sonders interessierte und für die Mädchen auch Haushalt. Dieses Heim
verliess ich im Jahre 1939 und zwar als völlig gesunder Mensch und
ging mit einem Teil unserer Gruppe in den Kibbuz Daganja.

Dort blieb ich ungefähr ein Jahr. Ich habe im Kibbuz nur in der Landwirtschaft gearbeitet und zwar hauptsächlich im Kuhstall. Ich musste dort sämtliche Arbeiten ausführen und mit dieser Arbeit im Zusammenhang stehendes, d.h. die Pflege der Kühe, Melken, den Mist auf Karren aufladen und auf den Misthaufen werfen. Wir haben 3 mal gemolken; das erstemal mussten wir vor 3 h nachts aufstehen und zwar im Sommer und Winter. In besonderen Fällen wie Geburten mussten wir helfen und noch zusätzliche Arbeit leisten.

In dieser Zeit zog ich mir eine Gelbsucht zu, an der ich mehrere Wochen litt. Als ich den Kibbuz in Jahre 1940 verliess, fühlte ich mich völlig gesund.

Im Jahre 1940 ging ich mit unserer Gruppe in den Kibbuz Neve Etan im Emek Beth Shaan. Dieser Kibbuz lag in einem Bezirk, in welchem Malariagefahr bestand. Ausserdem war er klimatisch sehr schwer. Unsere Gruppe ging dorthin, weil der Plan bestand, dort als Vollmitglieder zu bleiben.

Ich habe auch in diesem Kibbuz als landwirtschaftliche Kraft gearbeitet. Meine Arbeit bestand, soweit ich im Kuhstall arbeitete, in derselben Tätigkeit, die ich oben hinsichtlich des Kibbuz Daganla geschildert habe. Im übrigen habe ich im Gemüsegarten und auf dem Felde gearbeitet. Meine Tätigkeit im Gemüsegarten bestand darin, dass ich Setzlinge pflanzte, Unkraut jätete und später die Frucht ernten musste. Unsere gewöhnliche Arbeitszeit betrug 8 Stunden täglich, aber in Zeiten der Saison mussten wir mehrere Stunden zusätzlich arbeiten. Auf dem Felde bestand unsere Arbeit in verschiedenem. Mit der Heugabel mussten wir den Mist auf grössere Flächen verteilen; wir mussten kleine Gräben ziehen zur Bewässerung. In den Jahren 1940 und 1941 erlitt ich 3 Malariaanfalle. Soweit der Arzt es mir sagte, handelte es sich um Malaria Terziana. Damals waren die gesamten Verhältnisse noch sehr primitiv. Ich erhielt ausser Chinin und Esszulagen keine weitere Behandlung. Die 3 Anfälle hatten mich kolossal geschwächt, sodass ich die frühere landwirtschaftliche Arbeit nicht mehr ausführen konnte. Hinzu kam, dass ich zeitweise an Rückenschmerzen litt und an Gelenkschmerzen an beiden Händen. Ebenso hatte ich Schmerzanfälle an beiden Beinen, insbesondere an den Hüft- und Kniegelenken. Infolge meines damaligen gesundheitlichen Zustandes war ich gezwungen, sowohl den Kibbuz wie auch das dortige Klima zu verlassen.

Ich habe im August 1941 meinen jetzigen Ehemann Josef Steinhauer geheiratet und wir sind nach Ramat-Gan gezogen. Mein Mann fand zunächst eine Stelle in einer Fabrik und ging ca. 1/2 Jahr später als Freiwilliger zum englischen Militär.

Ich selbst litt ausser an den oben geschilderten Beschwerden noch an Fieberanfällen, deren Ursache der Arzt niemals festgestellt hat.

In der Zeit, in der mein Mann beim Militär war (von 1942 bis 1945) war ich gezwungen, um meinen Lebensunterhalt zu bestreiten, irgendeine Tätigkeit auszuüben. Mein erlernter Beruf (Landwirtschaft) war für mich aus den oben geschilderten Gründen nicht möglich, auszuüben. Ich bin daher zunächst in eine Fabrik gegangen, musste hier aber schon nach kurzer Zeit die Arbeit aufgeben, da meine Beschwerden immer stärker wurden. Später habe ich versucht, in fremden Haushaltungen zu arbeiten, aber auch dies ging nicht. Zum Schluss habe ich in einer Schulküche als Hilfe gearbeitet.

[Kurze Zeit, nachdem ich den Kibbuz Neve Etan verliess, begann ich häufig an Durchfällen zu leiden, verbunden mit heftigen Bauchkrämpfen. Ich wurde vom Arzt untersucht; man hatte mich aber anscheinend nicht auf Amöben untersucht, sondern mir nur verschiedene Medikamente verschrieben und auf Diät gesetzt. Ich hatte ausserdem auch erhebliche Magenbeschwerden. Ich wurde auf ein Gallenblasenleiden untersucht und erst später hat sich herausgestellt, dass ich einen Ulcus habe.]

Die Behandlung hinsichtlich meiner sämtlichen Beschwerden, die ich mir hier im Lande zugezogen habe, hat zu keinem Erfolg geführt. Ich leide an sämtlichen Krankheiten auch noch heute. Mein Haushalt besteht aus mir, meinem Mann und drei Kindern. Wegen unserer wirtschaftlichen Lage ist es mir nicht möglich, eine bezahlte Hilfskraft in Anspruch zu nehmen. Ich bin daher gezwungen, entgegen der ärztlichen Beratung, meinen Haushalt allein zu versorgen. Die schwere Arbeit kann ich nur mit grösseren Unterbrechungen zu Ende führen und häufig gelingt mir auch dieses nicht.

Tel-Aviv, den 29.8.62

Hilde Hadassah Heinbauer

Raffael Cahanowitz

.....
Dr. Raffael Cahanowitz, Landgerichtsrat a.D.
fr. Gerichtsassessor in Königsberg.



WG 6 1309 21 / 17
Hilde Steinhauer

Hamburg, den 1.2.1966
Cla/Me

Verfolgungstatbestand

- I. Die AST. ist Jüdin (Bl. 6 WG-Akte; Bl. 5 in WG-Akte Gustav Hoffmann 1705 83)
- II. Sie besuchte in Hamburg zuletzt die Deutsch-israelitische Mädchenrealschule in Hamburg (Bl. 13 WG-Akte), die sie aus rassischen Gründen im Dezember 1936 verlassen habe. Sie sei, wie sie angibt, auf ihrem Schulweg wiederholt wegen ihrer Rasse von Jugendlichen angepöbelt und belästigt worden. *(Bl. 11 in WG-Akte 1705 83 Gustav Hoffmann)*
- Im Jahre 1937 ist sie dann ohne ihre Eltern nach Palästina ausgewandert (Bl. 6 WG-Akte). Sie lebt noch heute in Israel.
- Dazu trägt sie vor, dass sie in Palästina weder wirtschaftlich noch sonst die Möglichkeit gehabt habe, das früher von ihr geplante Medizinstudium zu verwirklichen. Sie sei zunächst zwei Jahre mit einer Jugendgruppe in dem Heim "Ahava" bei Kiriath Bialik gewesen. Dort sei der Tag je zur Hälfte mit Schulunterricht und hauptsächlich landwirtschaftlicher oder hauswirtschaftlicher Arbeit ausgefüllt gewesen. 1939 sei sie, einem Teil der Jugendgruppe folgend, in den Kibbuz Daganian gegangen. Hier habe sie in der Landwirtschaft gearbeitet und Dinge wie z.B. Melken und Pflege der Kühe oder Aufladen und Wegkarren von Mist usw. verrichtet. Im Jahre 1940 sei sie mit der genannten Gruppe in den Kibbuz Neve Etan im Emek Beth Shaan übergewechselt, wo sie wiederum landwirtschaftliche Arbeit getan habe bis August 1941. Sie habe dann geheiratet und sei nach Ramat-Gan gezogen. *(Bl. 10, 11, 13)*
- Auf das Leben und die ungewohnten körperlichen Arbeiten im für sie fremden Klima führt sie Gesundheitsschäden zurück.

III. Geklagte Leiden (Bl. 6):

Amöbiasis,
Ulcus,
Spondylarthrosis,
Arthrosis.

Clauy

Bl.2 z.Bescheid i.Sa. Hadassa Steinhauer-WG 4 13 C9 21/18

G r ü n d e:

Die 1921 geborene Antragstellerin ist Jüdin im Sinne der aufgehobenen Nürnberger Rassengesetze. Ihr Vater war in Hamburg als Arzt tätig. 1937 wanderte die Antragstellerin mit ihren Eltern nach Palästina/Israel aus, wo sie auch jetzt noch lebt. Bis 1941 hat sie verschiedenen Kibbuzim angehört. Sie hat dort von 1937-1939 halbtags und anschliessend ganze Tage landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet.

Die Antragstellerin begehrt eine Entschädigung wegen Schadens an Körper oder Gesundheit.

Als Verfolgungsleiden werden geltend gemacht:

Amoebiasis,
Ulcus,
Spondylarthrosis,
Arthrosis.

Dem Antrag kann nur in dem im Tenor bezeichneten Umfang stattgegeben werden.

Die Antragstellerin hat keinen Anspruch auf Kapitalentschädigung oder Rente wegen Schadens an Körper oder Gesundheit, weil ihre Leiden nicht mit Wahrscheinlichkeit auf die Verfolgung zurückzuführen sind (§§ 28 ff BEG), oder weil die verfolgungsbedingte Erwerbsminderung nicht die erforderliche Höhe von 25 v.H. erreicht (§ 31, Abs.2, § 36 BEG).

Um diese Feststellung treffen zu können, hat das Amt folgende Gutachten beigezogen:

Bl.35 ff

Internistisches Gutachten
-eingeholt über Medical Board, Tel-Aviv-
Dr.Ernst Israel, Tel-Aviv v. 26.12.1966

Bl.39/40

Fachchirurgisches Zusatzgutachten
Dr.Julius Motulsky, Tel-Aviv v. 8. 2.1967

Bl.3 z.Bescheid i.Sa. Hadassa Steinbauer-WG 4 13 09 21/18

Bl.76 ff Fachorthopädisches Aktengutachten
 Dr.med.Klaus Wuensch,Hamburg v. 31.8.1967

Bl.95 ff Fachinternistisches Aktengutachten
 Prof.Dr.Dönhardt,Hamburg v.12.9.1968.

Hiernach steht folgendes fest:

1. Orthopädischerseits handelt es sich um

Bl.61

- a) ein sogenanntes Halswirbelsäulensyndrom;
 klinisch mit konzentrischer Bewegungseinschränkung
 der Halswirbelsäule und Epicondylitis lateralis
 beiderseits; röntgenologisch mit Verschmälerung des
 Zwischenwirbelraums zwischen 5. und 6. Halswirbel-
 körper;
- b) statische Kreuzschmerzen bei nahezu vollständiger
 Lumbalisation des 1. Kreuzbeinwirbels (sechs statt
 fünf Lendenwirbel mit Verbreiterung des 6. Lenden-
 wirbels, der gelenkig mit der Seitenmasse des
 Kreuzbeins und der Darmbeinschaukel verbunden ist);
- c) Krampfadern.

zu a) Nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft
 ist Schwerstarbeit nicht in der Lage, die schicksalsgemässen
 Verschleissvorgänge an der Halswirbelsäule zu beeinflussen.
 Wenn, wie bei der 45jährigen Antragstellerin fortgeschritte-
 ne Verschleisszeichen zu finden sind, dann spricht dies
 dafür, dass ihre Wirbelsäule zu Aufbraucherscheinungen
 neigt. Sie sind bei sogenannten "Bindegewebsschwächlingen"
 stärker ausgeprägt. Auch das bei der Antragstellerin be-
 stehende Krampfaderleiden ist ein Hinweis darauf, dass sie
 ein solcher Bindegewebsschwächling ist.

Bl.4 z.Bescheid i.Sa. Hadassa Steinhauer-WG 4 13 09 21/18

zu b) Für die im Bereich der Brust-und Lendenwirbelsäule festgestellten Aufbraucherscheinungen können die angeschuldigten äusseren Einflüsse ebenfalls nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist zwar davon auszugehen, dass über Jahre hinaus verrichtete Schwerstarbeit geeignet sein kann, die Verschleissvorgänge an der Brust-und Lendenwirbelsäule zu beschleunigen und zu verstärken. Sind jedoch wie hier, bei der Antragstellerin die in diesem Wirbelsäulenbereich festgestellten degenerativen Veränderungen geringer ausgeprägt als im Bereich der Halswirbelsäule, die ja keinen verstärkten Verschleiss infolge körperlicher Belastung unterliegt, so muss festgestellt werden, dass die körperliche Mehrbelastung durch die landwirtschaftliche Tätigkeit auf den Degenerationsprozess auch im Bereich der Brust-und Lendenwirbelsäule sich nicht ausgewirkt hat.

Bl.62

Die geklagten Kreuzschmerzen sind vielmehr mit den angeborenen Fehlbildungen der Lendenwirbelsäule zu erklären.

Anhaltspunkte für eine Seitenverbiegung (Skoliose) der Brustwirbelsäule liegen dagegen nicht vor, da es insbesondere an der typischen Verdrehung der Wirbelkörper in sich (Torsion) durch Schiefwuchs fehlt.

zu c) Das Krampfaderleiden ist auch anlagebedingt. Ein Verfolgungszusammenhang ist insoweit nicht wahrscheinlich zu machen.

2. Internistischerseits lässt sich sagen, dass die Antragstellerin eine verfolgungsbedingte Malaria, und zwar von 1940-1945 durchgemacht hat. Spätschäden sind nicht erkennbar. Die verfolgungsbedingte Erwerbsminderung für dieses Leiden beträgt 10 v.H.

115

Bl.5 z.Bescheid i.Sa. Hadassa Steinhauer-WG 4 13 C9 31/18

Im übrigen konnten jedoch auf diesem Fachgebiet keine Leiden diagnostiziert werden, die mit Wahrscheinlichkeit auf Verfolgungsmassnahmen zurückzuführen sind.

Soweit nicht Zeichen einer vegetativen Übererregbarkeit beschrieben worden sind, so ist aus den Krankenkassenunterlagen zu entnehmen, dass die Antragstellerin wegen vegetativer Störungen niemals behandelt worden ist.

Bl.100

Ein ursächlicher Zusammenhang mit Verfolgungsmassnahmen ist daher schon im Hinblick auf die völlig fehlende Brückensymptomatik nicht wahrscheinlich. Das gleiche gilt für die jetzt erst in Erscheinung getretene Hyperthyreose.

Eine Hyperazidität sowie ein Ulcus duodeni sind erstmals im April 1962 festgestellt worden. Im Juli 1944 wird der Magensaft als o.B. beschrieben. Im übrigen ist lediglich einmal die Rede von "Magenkrämpfen" zu Beginn des Aufenthaltes in Israel. Auch hier ist die Kontinuität des Leidensverlaufes nicht gegeben, so dass die Verfolgungsbedingtheit auch insoweit verneint werden muss. Da der EEG-Befund 1959 noch normal war, können spätere von der Norm abweichende Befunde der Verfolgung nicht angelastet werden.

Die Antragstellerin hat somit Anspruch auf Heilverfahren nach den Vorschriften über die Unfallfürsorge der Bundesbeamten (§ 30 BEG) wegen "Malaria", und zwar von 1940-1945, auf der Basis des "gehobenen/höheren Dienstes".

Im Auftrage:

Heddermeyer
(Heddermeyer)
Wissensch. Angestellte

Vfg:

PL 187. v. v.

1. *Eniell. Meyer* 4.12.68 4/12.68

2. R 4 (Ausschuss)

Heddermeyer 3.12.68